

Jüchen konkret

in Verbindung mit

Zwischen

RHEIN und ERFT

Ausgabe 2 / 2007

Halbzeit: Abgeordnete kritisieren Landesregierung



Seit zweieinhalb Jahren wird das Land Nordrhein-Westfalen von CDU und FDP geführt. Von den großen Versprechungen ist nichts geblieben. „Das soziale Gleichgewicht wird nachhaltig zu Lasten der Schwächeren in unserer Gesellschaft verändert“, üben die Landtagsabgeordneten Ulrike Apel-Haefs und Dr. Fritz Behrens (links) zur Halbzeit der Legislaturperiode heftige Kritik an der Regierung. Mehr auf Seite 3.

Wohnen im Alter: SPD erkannte Zeichen der Zeit

Vor einem Jahr stellte die SPD den Antrag, eine Angebotskonzeption für eine weitere Heimstätte für Senioren in Jüchen zu entwickeln. Sie sollte Grundlage für die Suche nach Investoren sein. Die CDU-Mehrheit lehnte ab, doch die Realität gibt den Sozialdemokraten Recht. Auch auf dem Gelände einer ehemaligen Gaststätte (rechts) tut sich etwas. Mehr auf Seite 4.



Zentrum Bedburdyck-Gierath

Beide Ortschaften bilden eines der drei Siedlungszentren der Gemeinde. Sie pflegen ihre alten Kerne und entwickeln sich weiter: Im Innenbereich, an den Rändern und aufeinander zu. Lindenhof, Rederhof, Aufm Pilgerpfad, Schulstraße, An der Burg. Das geht manchmal nicht ohne Interessenkonflikte. Wer auf Dauer aber die Lebendigkeit und das Wohlergehen der Orte erhalten will, wird sich dieser Entwicklung nicht verschließen. Doch es gehört mehr zu einem Zentrum als nur die Anhäufung von Wohngebieten. Schon heute müssen gerade ältere Mitbürger die langen Wege für die tägliche Versorgung beklagen. Ein Einkaufszentrum fehlt. Für die Jüngeren wird schon seit bald 20 Jahren um eine neue Sporthalle gerungen, ein modernes Zentrum vieler Einzelaktivitäten und eine Begegnungsstätte für Alt und Jung. Pläne und Wünsche dazu gibt es genug, aber der Gemeinde fehlt das Geld. Das Beharren auf festgefahrenen Wunschvorstellungen führt uns hier nicht weiter. Die SPD sucht und unterstützt alle Wege, die mit kreativen und partnerschaftlichen Konzepten das Interesse privater Investoren finden könnten. Und dieses Interesse wächst auch mit zunehmender Zahl der Ortsbewohner. Welche Anregungen haben Sie dazu? Jedes Gespräch kann einen Schritt weiter führen!

Sport in Zeiten der „Cholera“

Ein Zukunftsprogramm ist mehr als ein Sanierungsprogramm

Sehr geehrter Herr Kiefer!

Die schwierige Finanzsituation der Gemeinde ... gefährdet in hohem Maße die von Ihnen und dem GSV seit langen Jahren verfolgten Ziele. Der Gemeinde droht, wenn nicht energisch gegengesteuert wird, in absehbarer Zeit der Verlust des ge-

seits mehr als 20 Jahren kämpft Heinz Kiefer vom Gemeindegewerksverband (GSV) für eine neue Sporthalle in Gierath. Eine unendliche Geschichte? Mit ihm als Vorsitzendem und Ralf Kriesemer als Geschäftsführer des GSV führten SPD-Ratsmitglieder ein mehrstündiges Gespräch. Aus ihrem anschließenden Brief an den GSV hier das zentrale Thema.

der Gemeindeverwaltung aber bisher nicht ernsthaft in Betracht gezogen worden. Es ist sicher mit vielen Problemen verbunden. Aber wir müssen es für den Anfang nicht zu kompliziert machen. Es fehlt zunächst nicht mehr als die Darstellung erfolgreicher Modelle durch einen Kommunalvertreter oder Investor, um die Chancen in der Jüchener Situation auszuloten und die Rahmenbedingungen zu konkretisieren.

schiedlichen Bedarfen beteiligt, und verständlicherweise will man die Kosten für eine sanierungsbedürftige und in Zukunft unzureichende Anlage nicht übernehmen. Einige Faktoren, die Erleichterung bringen könnten, haben wir erörtert: Die Möglichkeit der Fusion von Vereinen; die Bildung eines Trägervereins, der die Teilhabe der einzelnen Vereine an Nutzen und Kosten einvernehmlich regelt; die Bezuschussung durch die Gemein-

Turnhalle Otzenrath



Schmuckstück

samen Eigenkapitals. Das würde einen fundamentalen Verstoß gegen die Gemeindeordnung bedeuten, der nicht ohne einschneidende Eingriffe durch die Kommunalaufsicht bleiben kann. Die Gemeinde würde ihre Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit verlieren. Die SPD Fraktion hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass sie die Ziele des GSV grundsätzlich unterstützt. Denn der Sportbereich bindet nicht nur einen erheblichen Anteil des Eigenkapitals der Gemeinde (das ist der nüchterne materielle Wert im Gemeindehaushalt). Er ist vor allem auch ein Ausweis ihrer Lebensqualität und gehört mit den Schulen zu den herausragenden kulturellen Attraktionen des Standorts, die die SPD in ihrem Wert erhalten und weiter entwickeln will.

Es ist schwer, in der sich verschärfenden Finanzlage und bei unverrückbaren Forderungen Lösungswege zu finden. Namentlich die Errichtung einer Zweifachsporthalle in Gierath droht, zumindest in der schlichten Version einer einfachen „Ersatzbeschaffung“, immer weniger aussichtsreich zu werden. Sie selbst haben einige attraktive Ideen entwickelt, um mit der Sportstätte eine umfassendere Lösung für den Bürgerbedarf im Siedlungszentrum

Bedburdyck-Gierath anzustreben: Seniorentreff, Jugendbegegnung, Modernität der Energieversorgung etc.. In Anbetracht weiterer Sanierungsnotwendigkeiten (zum Beispiel Hallenbad Jüchen) fehlt es an einem Gesamtkonzept für die öffentlichen Gebäude der Gemeinde, das Investitions- und Folgekosten mit ihren Einsparpotentialen den Sanierungskosten gegenüberstellt. Hierfür gibt es Modelle, die andere Kommunen erfolgreich umgesetzt haben.

Ein Sanierungs- und Entwicklungsmodell z. B. im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft ist von



Sporthalle Gierath

Zentrum?

Eine solche Konstruktion bedeutet aber auch z. B. eine Übernahme von Bewirtschaftungskosten durch die Vereine. Das Modell „Turnhalle Otzenrath“ lehnen Sie für die gegenwärtige Situation ab: In Gierath sind nicht nur ein Verein, sondern mehrere Vereine mit unter-

de nach dem Anteil von Schul- und Freizeitsport.

Wir glauben, dass in diesen Gedanken lohnende Ansätze liegen, die weiter zu konkreten Vorschlägen ausgebaut werden können.

.....
Joachim Drossert
stellv. Bürgermeister

Holger Tesmann
Fraktionsvorsitzender

Die Antwort von Heinz Kiefer lesen Sie auf Seite 4.



Hallenbad Jüchen

Modernisierung!



Der Bundestagsabgeordnete Bernd Scheelen (SPD) setzte sich mit dem Thema Schienenlärm auseinander und schrieb an das Verkehrsministerium

Das Lärmsanierungsprogramm von Bundesregierung und Bahn besteht seit 1999. Es erfasst die Härtefälle alter Schienenwege auf einer Strecke von rund 3500 km. Hier werden mit Investitionen von jetzt 100 Mio Euro jährlich nach einer Prioritätenliste Lärmschutzmaßnahmen getroffen. Das schafft Arbeit für 20 (!) Jahre. Jüchen liegt an der Strecke Köln - Mönchengladbach (Nr. 2611, Streckenabschnitt 36) im Programm, aber am unteren Ende der Prioritätenskala. Auf absehbare Zeit ist also keine Besserung zu erwarten. Lässt sich das ändern? Der Bundestagsabgeordnete Bernd Scheelen (SPD) unternahm den Versuch und schrieb im September an das Verkehrsministerium: „Sehr geehrter Herr Minister! Die Gemeinde Jüchen im Rhein-Kreis Neuss hat im Zuge des Braunkoh-

Bahnlärm und Bahnbeben

Erschütterungen greifen Gesundheit und Gebäude an

letagebaus (Garzweiler II) bereits große Lasten geschultert. dass eine neuerliche Entwicklung, die für die Region unter wirtschaftlichen Aspekten gesehen sehr positiv ist, wiederum die Lebensqualität vieler Jüchener Bürgerinnen und Bürger negativ beeinflusst. Konkret geht es um den rapide ansteigenden Schienenlärm. Der Ausbau und die verstärkte Nutzung der Schiene muss konsequenterweise von einem Ausbau des Lärmschutzes begleitet sein. Hier soll bzw. muss Jüchen schnell und zwar schneller als geplant profitieren.“ Bernd Scheelens Anregungen zielen auf die Ermittlung und Ände-

rung der Priorität: Wurde die Geräuschentwicklung nur statistisch unterstellt? Wurde der Zustand der Gleise und des Gleiskörpers begutachtet und berücksichtigt? Hat die steigende Intensität der Nutzung auf der Schiene Eingang in die Berechnungen gefunden? Lässt sich die in den Planungen vorgesehene Kategorie eines „besonders überwachten Gleises“ anwenden? Eine Antwort von Minister Wolfgang Tiefensee wird mit Spannung erwartet. Die SPD-Fraktion blieb inzwischen nicht untätig. Lärm ist nicht gleich Bodenerschütterung. Und Erschütterungen greifen nicht nur

die Gesundheit, sondern auch die Gebäude an. Die SPD richtete Fragen an die Verwaltung, die diese umgehend an die Bahn weitergab: Werden bei der Ermittlung der Prioritäten Bodenerschütterungen erfasst und berücksichtigt? Werden bei den Sanierungsmaßnahmen die Bodenerschütterungen gedämpft? Welche Regelungen und Grenzwerte gelten für Bodenerschütterungen in diesem Zusammenhang? Die Antwort der Deutsche Bahn AG war ebenso knapp wie lapidar: - Bodenerschütterungen werden im Lärmsanierungsprogramm weder berücksichtigt noch behandelt noch behoben.

Sollte das Geld nicht gleich in die Gleiskörper gegen Lärm und Bodenerschütterung investiert werden anstatt nur in Schallschutzwände gegen Lärm?! - Es gibt für bestehende Schienenstrecken weder gesetzliche Grenzwerte noch verbindliche Regelungen. Stimmt das wirklich? Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat am 31. 7. 2000 einen Runderlass herausgegeben, der die „Messung, Beurteilung und Verminderung von Erschütterungsimmersionen“ regelt. Zu prüfen ist, ob er auch für den Schienenverkehr gilt.



Hubert Noehlen
Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Bedburdyck-Gierath und stellv. Vorsitzender im Sportausschuss
Tel.: 02181-44992,
E-Mail: hubert.noehlen@web.de

Gürtel enger schnallen - aber Initiativen ausweiten!

Originelle Projekte

Auszeichnung der „Kommunalfüchse 2007“

Eine sicher nicht leichte Aufgabe für die 14 Juroren der SPD-Bundestagsfraktion war die Vergabe der „Kommunalfüchse 2007“. Hatten doch viele Kolleginnen und Kollegen hervorragende Projekte aus ihren Wahlkreisen eingereicht. Besonders beeindruckende Bewerbungen wurden deshalb mit Ehrenurkunden ausgezeichnet. Sie werden von den entsprechenden Bundestagsabgeordneten in ihren Wahlkreisen ausgehändigt. Die Top-Teilnehmer hingegen wurden jüngst im Rahmen einer festlichen Abendveranstaltung mit dem Kommunalfuchs der SPD-Bundestagsfraktion geehrt. Und zwar in den Kategorien:

- Engagement gegen Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus
- Europäisches Engagement in der Kommune
- Engagement junger SozialdemokratInnen in der Kommune:

- Engagement gegen Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus
- Europäisches Engagement in der Kommune

450 Gäste aus vielen Kommunen Deutschlands und Vertreter der SPD-Bundestagsfraktion nahmen an der Preisverleihung im Roten Rathaus in Berlin teil. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt gratulierte den Vertretern „ihrer“ Aachener Jusos, Sabine Bätzing (SeniorenAG 60 plus) ihren Preisträgern aus Linz. Bernd Scheelen und Kurt Bodewig drückten ihre Hoffnung aus, dass beim nächsten Mal auch vorbildliche Aktionen aus der heimischen Region ausgezeichnet werden. In seiner Eröffnungsrede verwies Fraktionschef Peter Struck auf

den Einsatz der SPD-Bundestagsfraktion, um die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und Wahrnehmung ihrer Interessen zu unterstützen - mit Blick auf die Bundeshilfe, zum Beispiel bei der Kinderbetreuung, auch ohne jede verfassungsmäßige Zuständigkeit. Peter Struck engagierte sich auch als Jurymitglied bei der Verleihung der Kommunalfüchse 2007. Kurt Bodewig war Juror in der Kategorie „Europäisches Engagement“. „Mit der Verleihung der Kommunalfüchse wollen wir die wichtige Arbeit der Kommunalpolitik in den bundespolitischen Fokus rücken. Ich würde mich freuen, wenn die Preisverleihung „Kommunalfuchs 2008“ ein gleicher Erfolg wird“, erklärt Bernd Scheelen.



Preisträger Herbert Schönlen von der Arbeitsgemeinschaft 60 Plus aus Linz/Rhein eingekrahmt von den Bundestagsabgeordneten Bernd Scheelen, Kurt Bodewig, Sabine Bätzing und Axel Schäfer. Foto Lorenz Richter

Kinderrechte sollen in das Grundgesetz

SPD fordert Klarstellung und Stärkung der Kinder

Kinder haben eigene Rechte. Sie haben den Anspruch, dass sie in unserem reichen Land hervorragende Bedingungen des Aufwachsens bekommen. Dazu gehören die Rechte auf Förderung, Bildung, Partizipation und kindgerechte Lebensverhältnisse. Diese Überzeugung steht im Mittelpunkt einer sozialdemokratischen Kinder- und Familienpolitik. Unser Ziel ist, ein kindergerechtes Deutschland zu schaffen, in dem jedes Mädchen und jeder Junge seine eigenen Potenziale entwickeln und entfalten kann und dabei von Anfang an als eigenständige Person mit eigenen Rechten wahrgenommen wird. Wir wollen, dass Kinder eine stärkere Stellung in behördlichen und gerichtlichen Angelegenheiten erhalten.

Deshalb setzt sich die SPD für eine Klarstellung der Kinderrechte im Grundgesetz und damit eine Stärkung der Kinder in unserer Gesellschaft ein. Dazu soll Artikel 6 Grundgesetz wie folgt geändert werden: Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt: „Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und auf den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt Sorge für kindgerechte Lebensbedingungen.“ In der Begründung zu diesem Änderungsantrag heißt es: Das Grundgesetz benennt die Kinder bisher nur im Rahmen der Elternrechte und nicht als selbstständige Träger eigener Grundrechte. Es enthält keine explizite Feststellung des Rechts eines jeden Kindes auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit und auf Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Auch fehlt eine ausdrückliche Normierung der staatlichen Schutzpflicht gegenüber Kindern. Die Neuregelung verdeutlicht die Rechte der Kinder, wie sie sich aus anderen verfassungsrechtlichen Vorschriften nach der Rechtspre-

chung des Bundesverfassungsgerichts ergeben, ohne die Elternrechte zu beschneiden. Der neue Absatz 2 in Artikel 6 GG ist Artikel 25 Abs. 1 der Verfassung der Freien Hansestadt Bremen wörtlich nachgebildet. Mit der Aufnahme eines Rechts auf Entwicklung in Absatz 2 Satz 1 wird dabei der Prozess des „Person-Werdens“ des Kindes, das heißt das allmähliche Hineinwachsen des Kindes in die Selbstbestimmungs- und Selbstverantwortungsfähigkeit, ausdrücklich in den Schutzbereich des Grundrechts einbezogen. Hieraus ergibt sich auch eine Stärkung des Rechts des Kindes auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. Mit dem neuen Absatz 2 Satz 2 wird zum einen die staatliche Schutzpflicht gegenüber Kindern, wie sie sich nach geltendem Recht aus Artikel 6 Abs. 2 Satz 2 GG herleitet, ausdrücklich normiert. Im Übrigen enthält die Regelung einen objektiven Förderungs- und Ordnungsauftrag zugunsten von Kinderrechten an die staatliche Gemeinschaft, das heißt an alle staatlichen Entscheidungsträger in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung auf Bundes- und Landesebene.

Die SPD mache „Druck für mehr und gute Arbeit für Deutschland“, kommentierte SPD-Generalsekretär Hubertus Heil die jüngsten Arbeitsmarktzahlen aus Nürnberg. Zunehmend werde deutlich, dass die Reformpolitik der SPD Wirkung zeige. Die 55.000 Arbeitslosen, die im November und die 617.000, die seit dem Vorjahr wieder einen neuen Job gefunden hätten, seien ein Erfolg für Deutschland, sagte Heil. Zuvor hatte die Bundesagentur für Arbeit den Rückgang der Arbeitslosenquote auf 8,1 Prozent bekannt gegeben. Das ist der niedrigste Stand seit 1992.

Reformpolitik zeigt Wirkung

Die aktuellen Zahlen belegten einmal mehr, wie „die Reformpolitik der SPD-geführten Bundesregierung und deren Fortsetzung in der großen Koalition wirkt.“ Mit Arbeitsminister Olaf Scholz werde die SPD „weiter Reformen für mehr Arbeit - Reformen für die Menschen im Land - vorantreiben.“ Gleichzeitig verwies Heil darauf, dass es auch darauf ankomme, „dass die Menschen von ihrer Arbeit auch leben können“ und nicht auf ergänzende staatliche Hilfen angewiesen seien. Dafür müssten die Beschäftigten sowohl am Unternehmenserfolg beteiligt werden, wie es die SPD mit ihrem Konzept für einen Deutschlandfonds vorgeschlagen habe, als auch Existenz sichernde Löhne bekommen. „Die Linie der SPD ist klar“, fasste der SPD-Generalsekretär zusammen: „Wir machen Druck für mehr und gute Arbeit in Deutschland.“



Der frühere Grevenbroicher Bürgermeister und Bundestagsabgeordnete Hans-Gottfried Bernrath feierte seinen 80. Geburtstag im Kreis vieler Weggefährten. Aber auch politische Gegner zollten „HGB“ Respekt für sein Lebenswerk. Prominentester Gast war SPD-Fraktionschef Peter Struck, der einige interessante Anekdoten aus der gemeinsamen Arbeit beisteuerte.

Kinderarbeit im Rhein-Kreis

Die SPD-Kreistagsfraktion hat das Thema „Kinderarbeit im Rhein-Kreis Neuss“ auf die Tagesordnung gesetzt. Ulrike Apel-Haefs, MdL und Vorsitzende der Kreis SPD: „Im jüngsten Sozialbericht für NRW wird aufgezeigt, dass Armut vor allem mit bestimmten Lebenslagen und der Herkunft zu tun hat. Fast ein Drittel aller Kinder in NRW lebt in einkommensarmen Verhältnissen. Das kann niemanden gleichgültig sein.“ Im Kreissozialausschuss bestätigte Dezernent Stefan Stellen, dass die Situation im Kreis Neuss nicht anders sei als sonst im Lande. So leben nach Angaben der ARGE über 12.500 Personen unter 25 Jahren in Bedarfsgemeinschaften, und in über 5000 Bedarfsgemeinschaften sind Kinder unter 15 Jahren. Armut hat aber nicht nur eine materielle Seite. „Oft ist es das Zusammenkommen verschiedener Benachteiligungen, die Menschen aus gesellschaftlichen Zusammenhängen ausgrenzen. Fehlende soziale Einbindungen, Mangel an Bildung und Ausbildung und Armut bilden schnell fatale Kreisläufe“, beschreibt Apel-Haefs das Problem. „Um Kinderarmut wirkungsvoll zu bekämpfen, ist eine Darstellung der sozialen Wirklichkeit im Rhein-Kreis Neuss notwendig“, erklärt die SPD. Es sei unerträglich, dass der Anteil derjenigen, die mit ihrem Einkommen unter der EU-Armutsgrenze liegen, ständig steigt und der Anteil der Reichen am Gesamtvermögen ebenfalls. „Diese Gerechtigkeitslücke geht zu Lasten von immer mehr Kindern, da muss endlich gegeng gehalten werden sonst bekommen wir immer größere gesellschaftliche Probleme“, so die SPD Kreistagsabgeordneten.



Beck: Bezüge offen legen

Die Begrenzung von Manager-einkommen per Gesetz hat der SPD-Vorsitzende Beck in einem Interview angekündigt: „Wenn Manager selbst bei einer Riesenpleite noch mit Millionen-Abfindungen nach Hause geschickt werden, kann ich den Zorn der Leute verstehen“, so Beck. „Wir prüfen derzeit in einer Arbeitsgruppe, welche gesetzlichen Möglichkeiten bestehen, dies zu unterbinden“, führt Beck weiter aus. Gleichzeitig räumte er Managern ein „Recht auf anständige Bezahlung“ ein, das aber „nicht ausarten“ dürfe. Für bedenklich halte Beck vor allem die „undurchsichtigen Bonus- und Aktienpakete, die mittlerweile oft Bestandteil der Bezahlung geworden sind“. Dies berge die Gefahr, dass die Vorstände nur noch die Aktienkurse als Maßstab nähmen, um die eigenen Aktienoptionen gewinnbringend in Bargeld umwandeln zu können. „Das kann nicht so bleiben. Sie müssen sämtliche Bezüge offen legen“, erklärt Beck.

Gute Arbeit: Video drehen

„Wir wollen gute Arbeit. Schicken Sie uns Ihr Video und zeigen damit in maximal drei Minuten was „Gute Arbeit“ für Sie heißt. Das beste Video zu diesem Thema wird 3000 Euro gewinnen. Dabei interessiert uns eine überzeugende inhaltliche Idee mehr als eine raffinierte technische Umsetzung“, erklärt die SPD im Aufruf zur Teilnahme an ihrem bundesweiten Video-Wettbewerb. Alle eingereichten Wettbewerbsbeiträge werden nach dem Einsendeschluss auf dem Video-Portal SPD:vision eingestellt. Dort können die Videos von anderen Usern bewertet werden. Die 20 besten Videos erreichen die Endausscheidung. Gelangt Ihr Video in die Endrunde, muss es nur noch die Jury mit Experten aus Politik, Wirtschaft und Filmbranche überzeugen. Auf der Internetseite www.gutearbeit.spd.de finden Sie alle Informationen zum Wettbewerb. Dort können Sie das Teilnahmepaket downloaden. Die darin enthaltenen Teilnahmebedingungen stecken Sie unterschrieben zusammen mit dem Video in einen Briefumschlag und schicken diesen bis spätestens 1. Mai 2008 an: SPD-Parteivorstand Stichwort: Gute Arbeit Wilhelmstraße 141 10963 Berlin



Auch bei seinem informativen Besuch in Neuss antwortete SPD-Generalsekretär Hubertus Heil auf die Fragen von Moderatorin Beate Kowolik (WDR) zur Arbeitsmarktpolitik.

Ich bin begeistert, dass junge Menschen sich so für Verkehrssicherheit interessieren", folgte Ulrich Kasparik, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, zufrieden. Vorausgegangen war eine anderthalbstündige Diskussion zwischen Schülern der Grevenbroicher Käthe-Kollwitz-Gesamtschule, Kasparik und Kurt Bodewig MdB.

Nach einem kurzen Überblick über die Aufgaben des Bundesverkehrsministeriums diskutierten die 16 bis 20-Jährigen, die extra länger in der Schule geblieben waren, über die Erhöhung von Bußgeldern, ein generelles Tempolimit auf Autobahnen, den „Führerschein mit 17“ und die Gefahren, denen vor allem junge Fahranfänger ausgesetzt sind.

Dabei forderten die jungen Menschen höhere Bußgelder für Verkehrssünder: „Ich habe erst seit ein paar Wochen meinen Führerschein – und bin schon mehrfach im Straßenverkehr gefährlich bedrängt worden. Solche Fahrer müssen stärker zur Kasse gebeten werden, sonst lernen sie es offensichtlich nicht“ sagte eine 18jährige Schülerin. Über ein generelles Tempolimit auf Autobahnen waren die Diskutanten hingegen geteilter Ansicht: „Ich finde, 130 sind wirklich schnell genug“, meinte ein Oberstufenschüler (20), während eine 19-Jährige einwarf, dass die Verkehrssicherheit weniger an der Geschwindigkeit, als vielmehr am Verhalten im Straßenverkehr festzumachen sei: „Man kann durch aggressive Fahrweise auch mit 100 andere gefährden – und mit Tempo 150 sicher und gelassen im Verkehrsfluss mitziehen.“

Schüler für höhere Bußgelder

Besonders interessant war für die Schüler das Thema „Begleitetes Fahren“. Wie man den „Führerschein mit 17“ erhalten kann und welche Voraussetzungen dafür erbracht werden müssen, erklärten Kasparik und Bodewig und beantworteten dazu Fragen.

Wichtig war den ihnen aber vor allem die Diskussion über die Verkehrssicherheit von Fahranfängern. „Könnt ihr euch vorstellen, warum so viele junge Menschen in lebensgefährliche Unfälle verwickelt sind?“ fragte Kasparik etwas provokant – und bekam prompt die Antwort eines Schülers: „Ja, weil viele meinen, wenn sie riskant fahren, besonders männlich oder cool zu sein. Und weil sie dann ihr Auto einfach nicht unter Kontrolle haben.“

Darauf entbrannte eine lebhaft diskutierte Diskussion über Risikobewusstsein, Fahrspaß und Fahrersicherheit, bei der die beiden Verkehrsexperten kein Blatt vor den Mund nahmen und auch die Anwesenden ohne Führerschein zum vernünftigen Verhalten im Straßenverkehr ermahnten: „Ich kann nur immer wieder davor warnen, auf solche Schnapsideen wie Fahren-Üben ohne Führerschein oder Frisieren von Motorrollern zu kommen. Das ist nicht nur riskant für euch, sondern gefährdet auch andere Menschen. Und wenn ihr erwischt werdet, könnt ihr euren Lappen erst einmal vergessen“, sagte Ulrich Kasparik. An die Jugendlichen und jungen Erwachsenen richtete Bodewig, der auch Präsident der Deutschen Verkehrswacht ist, einen Appell: „Alkohol und Drogen gehören sowieso nicht hinter Steuer. Und aggressive Fahrweise und Impulshandlungen haben da ebenfalls nichts zu suchen. Übrigens kann man Verkehrssicherheit auch trainieren – lasst euch doch vielleicht von euren Eltern oder Großeltern einen Gutschein über ein Fahrersicherheitstraining schenken!“

Natürlich bleibt die Mitte rot

Der sozialdemokratische Generalsekretär Hubertus Heil hat die Unions-Behauptung, sie vertrete die politische Mitte, zurückgewiesen. Die solidarische Mehrheit in Deutschland erwarte eine andere Politik, sagte Heil nach einer Sitzung des SPD-Präsidiums, in der auch die Stärkung von Kinderrechten beschlossen wurde. In ihrer Rede auf dem CDU-Bundestag hat Merkel die Chance vertan zu sagen, was sie wolle, stellte der SPD-Generalsekretär in Berlin fest und nannte als Beispiel die unklare Positionierung beim Thema Mindestlöhne. „Es herrscht in vielen Bereichen bei der CDU gnadenlose Verwirrung“, sagte Heil. Ihn erinnere der Parteitag an ein Adventstreffen: „Da dürfen ei-

nige vorsingen und andere müssen Gedichte aufsagen.“ Die CDU-Vorsitzende habe „viel gesagt, aber wenig gemeint. Da ist substanzvoll nicht viel drin gewesen.“ Der Leitantrag für den Parteitag sei zudem ein „Tu-nix-Antrag“ gewesen: Es werde nur gesagt, was die CDU nicht wolle, kritisierte Heil. Als Reaktion auf das CDU-Parteitagsmotto „Die Mitte“ präsentierte Heil ein SPD-Plakat, das symbolisiere, „die solidarische Mehrheit in Deutschland sieht anders aus.“ Sie sei sozialer als die CDU-Ministerpräsidenten Christian Wulff, Roland Koch und Günther Oettinger, liberaler als Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) und ökologischer als Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU).



Fritz Behrens

Mitte November hat Rüttgers die Halbjahresbilanz der Landesregierung in einer Regierungserklärung vor dem Parlament vorgestellt. Dieser Versuch einer Regierungserklärung war ein Sinnbild für die enttäuschende Politik dieser Landesregierung. Rüttgers verlor sich in Allgemeinplätzen und Banalitäten. Am nächsten Tag konnte man es Schwarz auf Weiß nachlesen: „Rüttgers geht mutlos in die zweite Halbjahresbilanz (Westdeutsche Zeitung), „Der weichgespülte Regierungschef“ (Westfälische Rundschau), „Debatte wurde für Rüttgers zur Pflichtübung“ (NRZ) und „Ohne Schwung und Esprit“ (Ruhr Nachrichten). „Das Halbjahreszeugnis der Landesregierung weist vor allem in der Schulpolitik Nachholbedarf auf“, so die Überschrift in „Westfälischer Anzeiger“. Im Wahlkampf wurde eine Unterrichtsgarantie versprochen, um den Unterrichtsausfall zu bekämpfen. Es wurde sogar von einer gesetzlichen Garantie gesprochen. Davon ist heute keine Rede mehr. Ebenso wenig ist von dem Versprechen übriggeblieben, die Mittel für die Weiterbildung zu erhöhen. Hier kürzte die Regierungskoalition 2006 und 2007 insgesamt 13,5 Millionen Euro. Im aktuellen Haushalt werden diese Kürzungen festgeschrieben. Rüttgers und seine CDU haben im Wahlkampf vieles, ja fast alles, ver-



Staatssekretär Ulrich Kasparik (links) und Kurt Bodewig MdB diskutierten mit Schülerinnen und Schülern

„Unsoziale Politik“

Behrens und Apel-Haefs rechnen mit Regierung ab

Zweieinhalb Jahre schwarz-gelbe Landespolitik in Nordrhein-Westfalen haben das soziale Gleichgewicht nachhaltig zu Lasten der Schwächeren in unserer Gesellschaft verändert, so die Stellungnahme der beiden SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Fritz Behrens und Ulrike Apel-Haefs zur Halbjahresbilanz der Regierung Rüttgers. Diese falsche Politik, die sich bereits zu Beginn der Amtszeit von Ministerpräsident Rüttgers (CDU) abzeichnete, wurde leider von der unsozialen schwarz-gelben Regierungsarbeit in der ersten Hälfte der Legislaturperiode bestätigt.

sprochen. Der Regierungsübernahme wurde alles untergeordnet. Die Leitlinie der Regierung Rüttgers ist „Versprochen-Gebrochen“!

Bildungspolitik von gestern

Die Bildungspolitik der Landesregierung ist nicht mehr zeitgemäß und zu tiefst ungerecht. Die Aufhebung der Grundschulbezirke trägt zur sozialen Spaltung unserer Gesellschaft bei. Eine Aufteilung in Schulen für Arme und Schulen für Reiche wird die Folge dieser Politik sein. Dies lehnen wir Sozialdemokraten strikt ab! Das neue Schulgesetz der Landesregierung ist ein Rückschritt in die 50er Jahre. Das Aushebeln des Elternwillens durch verbindliche Grundschulgutachten und Prognoseunterricht, die Einführung der sogenannten „Kopfnoten“ und das ideologisch motivierte Festhalten am gegliederten Schulsystem sind Belege hierfür.

Kürzungen bei den Familien

Es wurde bei Kindern und Jugendlichen, bei Familien, Studenten und Behinderten gekürzt. Auch hier wird zu Lasten der Schwachen in unserer Gesellschaft gespart. Vom Rüttgers-Wahlkampfslogan „Wir sagen, was wir tun und tun, was wir sagen“ ist nicht mehr viel übrig geblieben. Die Landesregierung hat ihre Zusagen in ihrem „Hauptpolitikfeld“ nicht eingehalten. Auch hier getreu dem Motto „Links blinken und Rechts abbiegen“. Die Mittel für die Kindergärten in NRW sind bereits im



Ulrike Apel-Haefs

ersten Haushalt der Landesregierung Rüttgers massiv um 156,9 Millionen Euro gekürzt worden. Dieses Geld fehlt jetzt Jahr für Jahr. „Das so genannte Kinderbildungsgesetz (Kibiz) ist ein Spargesetz. Hier geht es darum, den Haushalt auf Kosten der Kinder zu sanieren“, so Behrens und Apel-Haefs. Die Regierungskoalition hat sich im Laufe der Debatte zu diesem Gesetz als beratungsresistent gezeigt. Durch die Abschaffung des Elternbeitragsdefizitausgleichs haben Gemeinden in der Haushaltssicherung nur die Möglichkeit, die Elternbeiträge zu erhöhen. Die Abgeordneten: „Diese Politik ist nicht nur unsozial, sondern gefährdet auch die Zukunft unserer Kinder.“

Hochschulen werden allein gelassen

Die Hochschulen in NRW sind mit dem Hochschulfreiheitsgesetz in eine so genannte Freiheit entlassen worden. In Wirklichkeit hat sich das Land aus der Verantwortung für Bildung verabschiedet. Aber was macht man mit der ‚Freiheit‘ und der theoretischen Möglichkeit Dinge zu gestalten, wenn das Land die entsprechenden Mittel kontinuierlich kürzt? Die Hochschulen werden schlicht allein gelassen! Die Kürzungen beim Wissenschaftsetat und bei den Studentenwerken haben zur Folge, dass es in NRW weniger statt mehr Chancen für junge Menschen gibt. Dieses Hochschulfreiheitsgesetz ist nach der Ideologie ‚Privat vor Staat‘ gestrickt. Das Gesetz führt zu einem Bedeutungsverlust der geisteswissenschaftlichen und der kleinen ‚unwirtschaftlichen‘ Fächer. In Gesprächen mit Hochschullehrern erfuhr Apel-Haefs, dass dieses Gesetz dort negativ bewertet wird. Tausende von Studenten haben vor dem Landtag gegen die Einführung von Studiengebühren demonstriert. Mehr denn je ist die Chance zu studieren von der finanziellen Situation im Elternhaus abhängig. Zurückgehende Studierendenzahlen belegen dies. Studiengebühren sind sozial ungerecht!

Schwarz-Gelb macht kommunalfreundliche Politik

Die Ideologie des ‚Privat vor Staat‘ der schwarz-gelben Landesregierung heißt für die Kommunen kon-

krete: Mehr Belastungen, weniger Mittel vom Land und Einschränkung eigener Einnahmequellen. Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden ist mit der Reform des Paragraphen 107 der Gemeindeordnung systematisch eingeschränkt worden. Hier wird Ideologie über das Gemeinwohl gestellt. Einnahmeausfälle für die Kommunen werden die Folge sein. Auch eine halbherzig formulierte „Bestandsgarantie“ wird daran nichts ändern. Im Zuge dieser Reform wurden von der Regierungskoalition auch bewährte Strukturen auf Betreiben der FDP verändert. Die Wahlzeit der Bürgermeister und Landräte wurde von derzeit fünf Jahren auf sechs Jahre verlängert. Hierdurch werden die Wahlen zu den Räten und Kreistagen von den Wahlen der Hauptverwaltungsbeamten entkoppelt. Die getrennte Wahl von Rat und Bürgermeister ist unnötig und falsch, weil hier durch ein zusätzlicher Wahltermin entsteht. Dies verursacht erhebliche Kosten und trägt zur Wahlmüdigkeit der Bevölkerung bei. Hinzu kommt, dass die Stichwahl bei dieser Wahl abgeschafft wurde. Hierdurch werde die Legitimation künftiger Amtsträger eingeschränkt. „Die Abschaffung der Stichwahl höhlt den Grundgedanken der Demokratie aus und ist skandalös, so Ul-

rike Apel-Haefs. Sinn und Nutzen der gesamten Reform ist fraglich, da durch die Verlängerung der Amtszeit der Bürgermeister nur die Position der Bürgermeister gestärkt wurde. Hier zeige sich ganz klar das Interesse der FDP, die als kleine Partei vor Ort agiert: Die Ratwahl wird entwertet, die politischen Steuerungsmöglichkeiten der Parteien vor Ort werden erschwert. Die CDU habe sich hier aus einem Machterhalt der kleinen FDP untergeordnet. Die SPD-Landtagsfraktion hat sich gegen die Änderungen der Gemeindeordnung (GO) und die zusätzlichen Belastung der Kommunen durch CDU und FDP ausgesprochen.

In den Hauptfeldern der Landespolitik hat die Landesregierung, aber auch Ministerpräsident Jürgen Rüttgers persönlich, eine durchweg unsoziale Politik durchgeführt. Die Chancengleichheit und der soziale Friede werden durch diese Weichenstellungen der CDU/FDP-Landesregierung weiter gefährdet.

SPD für faire Löhne

Der Mindestlohn wird von der CDU, FDP und der Springer-Presse heftig bekämpft. Er vernichtet Arbeitsplätze, wird behauptet. Zum Beleg entlässt die Springer-Tochter PIN Group mal eben selbst 1000 Mitarbeiter. Was CDU, FDP und Springer verschweigen: Die PIN Group sollte mit Dumping Löhnen der Post „Schmutzkonkurrenz“ machen und hätte dort schließlich tausende reguläre Arbeitsplätze bedroht. Schon jetzt steigt die Zahl der Menschen, die trotz Vollerwerbstätigkeit zusätzlich auf Sozialhilfe angewiesen sind ständig an, weil ihr Verdienst für das Existenzminimum nicht reicht. 1,3 Millionen Erwerbstätige müssen zusätzlich zum Sozialamt! Der Mindestlohn ist letztlich Schutz vor Lohndumping. Es kann nicht sein, dass die Allgemeinheit den Lohn zahlt, den Arbeitgeber ihren Beschäftigten vorenthalten, weil sie nicht marktfähig oder aber zu gierig sind.

Rainer Thiel für die Kreis-SPD: „Wettbewerb ja, aber zu fairen Bedingungen. Lohndumping dient auch dazu, bei allen Erwerbstätigen eine Spirale nach unten in Gang zu setzen. Und zum Hohn sollen die Arbeitnehmer/innen mit ihren Steuern die Angriffe auf ihre Einkommen auch noch selbst subventionieren. Es ist klar, dass wir dazu entschieden nein sagen.“ Die SPD ist für faire Löhne. Lohndumping ist unsozial und ökonomisch kontraproduktiv. Zum gutem Schluss. Die Springer-PIN Group will statt der entlassenen Mitarbeiter Zusteller von Zeitungsverlagen und regionalen Briefdiensten einsetzen. Dort wird meist nebenberuflich zugestellt. Springer war selbst der Dumpinglohn noch zu hoch! Wen wundert das noch die Presseberichterstattung zum Thema Mindestlohn?



Das Bundeskanzleramt - oder Bundeskanzler-IN-amt? In Berliner Schnauze: Äindschies Waschmaschine



Die Jüchener Sozialdemokraten auf dem Weg in den Bundestag im Alten Reichstagsgebäude

Im August führen die Jüchener Sozialdemokraten mit Angehörigen und Freunden auf Einladung ihres Bundestagsabgeordneten Bernd Scheelen nach Berlin zum „Staatsbesuch“. Die in Gebäuden versteinernte Geschichte und lebendige Gegenwart der Demokratie; die Erinnerung an Unterdrückung und Opfer, an Widerstand und Rückgewinnung der Freiheit; die Erneuerung des Alten und die Modernität der Entwicklung von Berlin seit der Wiedervereinigung waren der Inhalt eines anspruchsvollen viertägigen Besuchsprogramms. Etwa 50 Berlinfahrer teilten das Erlebnis von Besichtigung und Stadtgang, Vortrag und Diskussion, Politikspot und Kneipenbummel miteinander. In ihrer Erinnerung ziehen sie nun eine Linie von Jüchen nach Berlin.

Preisfrage: Was bedeutet dieses Verkehrsschild?

Auflösung:

- Verkehrsberuhigter Bereich
- öffentliche Verkehrsfläche mit gemischtem Fußgänger- und Fahrzeugverkehr
- erlaubt für spielende Kinder
- Geschwindigkeit der Fahrzeuge nur höchstens 4-7 km/h (Schrittgeschwindigkeit)

Die meisten Autofahrer kennen die Bedeutung des Schildes nicht oder kümmern sich nicht darum. Jedenfalls „brettern“ sie ohne Rücksicht durch die Straße „Im Bauerfeld“. Das tun selbst Eltern, die unter Zeitdruck ihre Kinder mit dem Auto in die Schulen an der „Stadionstraße“ oder „In den Weiden“ fahren. Dabei gibt es einfachere und direktere Verkehrswege, um die Schulen zu erreichen.

„Im Bauerfeld“ und „In den Gärten“ ist mit etwa 26 Neubauten eine moderne familienfreundliche Wohngegend. Sie liegt als Verkehrsberuhigter Bereich in einer weiträumig eingegrenzten 30 km/h - Zone inmitten von Jüchen und ist ein Beispiel für die Attraktivität der sich entwickelnden Gemeinde.

Die Anwohner beklagen, dass die Verkehrsschilder, klein und ungeschickt aufgestellt, keine Aufmerk-

samkeit erregen und damit keine Appellwirkung auf die Fahrer haben. Aufgrund von Sachbeschädigungen und Fast-Unfällen von Kindern haben sich die Anwohner bereits 2004 mit einer Unterschriftenliste um Abhilfe an die Gemeindeverwaltung gewandt. Eine Besserung der Verhältnisse ist aber in der Folgezeit nicht eingetreten. Kürzlich wandten sie sich erneut mit einer Unterschriftenliste, an der sich praktisch alle Anwohner beteiligten, an die Verwaltung und verlangten nun die Sperrung von „Im Bauerfeld“ für den Durchgangsverkehr und die

Einrichtung einer Sackstraße für den Anliegerverkehr. Die Jüchener SPD unterstützte diesen Wunsch und brachte einen entsprechenden Antrag in den zuständigen Ausschuss des Gemeinderats ein. Die CDU lehnte ab. Sie wollte ihre eigene Lösung. Hatte sie nicht schon vor einiger Zeit eine „Ortsbegehung“ durchgeführt? Schon, aber ohne Konsequenz. Am Ende einigte sich der Ausschuss auf eine Bürgerversammlung, um noch einmal Wünsche und Lösungen mit den Bürgern abzuklären. Also, wenn es denn dem Wohle aller dient...!



Aufnahme in den Luftreinhalteplan

Die Messstation in Gindorf (Grevembroich) hat in 2007 bisher deutliche Überschreitungen der Feinstaubgrenzwerte an 50 Tagen ermittelt (Stichtag 30.11.07). Zulässig sind 35 Tage pro Jahr. Die Feinstaubmessstation in Jüchen auf der Birkenstraße hat seit Messbeginn im Mai elf Überschreitungen des zulässigen Grenzwerts ermittelt. Dabei zeigt sich im zeitlichen Verlauf eine Parallele zu den Gindorf-Messwerten. Etwa 17 Prozent der Feinstäube sollen aus dem Tagebau herrühren. Die bisher von RWE Power getroffenen Maßnahmen im Tagebaubereich zeigen Wirkung, dennoch ist dieser Anteil immer noch zu hoch. Der Umweltausschuss der Stadt Grevembroich hat auf seiner Sit-

zung im November eine Resolution verabschiedet. Darin fordert er die betroffenen Stellen auf, 2008 einen regionalen Luftreinhalteplan aufzustellen, der auf alle Feinstaubquellen abzielt. „Jüchen muss in diesen regionalen Luftreinhalteplan eingeschlossen werden. Wir werden überprüfen, ob sich die Belastungen für Jüchen ändern, wenn der Tagebau weiter nach Westen fortschreitet. Der Aktionsplan für den Tagebau muss inzwischen fortgeführt werden. RWE Power muss die gesamten Emissionen aus dem Tagebau kurzfristig minimieren, um gesundheitliche Risiken für die Bevölkerung auszuschließen“, fordert Reiner Lange, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD Jüchen.

Ortschaft Holz - eine Insel

Das neue Holz ist komfortabel ausgestattet. Es hat vier Orts-ein- und -ausfahrten. (Neu-) Garzweiler hat nur zwei. (Neu-) Otzenrath hat drei. Über diese Zufahrten in Garzweiler und Otzenrath kann jeder Besucher, jeder (Not-)Arzt, jeder Krankentransporter, Postzusteller, Müllwerker und Taxifahrer jede Straße, jedes Haus, jede Familie unmittelbar anfahren. Aber in Holz geht das nicht gut. Irrfahrten sind an der Tagesordnung. Ein kleiner Teil von Holz ist nämlich vom übrigen Ort und von direkten Zufahrten nach Hochneukirch völlig abgeschnitten. Die vierte Zufahrt ist lediglich eine Sackgasse. Das ist nicht verkehrsgerecht und nicht bürgerfreundlich, wie wir finden. Die SPD Hochneukirch bietet allen Betroffenen die Möglichkeit zu einem Gedankenaustausch. Bitte wenden Sie sich dazu an Reiner Lange (Ortsvereinsvorsitzender), E-Mail: reiner_lange@online.de oder Tel.: 02165-879409.

Theorie und Praxis

Altengerechtes Wohnen - die SPD-Initiative wirkt

Wie schön ist es manchmal, wenn sich die Realität um einen verfehlten CDU-Mehrheitsbeschluss nicht kümmert. Vor einem Jahr im September stellte die SPD den Antrag, eine Angebotskonzeption für eine weitere Heimstätte für Senioren in Jüchen zu entwickeln. Sie sollte Grundlage für die Suche nach Investoren sein. Die CDU-Mehrheit lehnte ab, das sei nicht die Aufgabe der Gemeindeverwaltung. Eine Betreibergesellschaft aus Heinsberg war damals in laufende Projekte in Hochneukirch involviert. So konnte Ende 2006 in einem Gespräch unter Beteiligung des SPD Fraktionsvorsitzenden Holger Tesmann ihr Interesse für den Standort Jüchen geweckt werden. Erstes Thema war die Umnutzung des Hochneukircher Bahnhofs für ein Seniorenwohnprojekt. Einmal in Fluss, gingen die Sondierungen weiter. Andere Investoren und Betreiber traten auf den Plan. Das Projekt muss noch einige planerische und bürokratische Hürden nehmen. Die Verwaltung muss Druck machen, denn der Investor darf sein Interesse nicht verlieren. Angelpunkt aller Bestrebungen war und ist die Firma Berger in Otzenrath in Zusammenarbeit mit dem Architekturbüro Siekmann - Dovern. Das nächste Vorhaben betrifft die verfallene ehemalige Gaststätte „Zur Post“ an der Odenkirchener Straße. Sie wird abgerissen, denn dort sollen 17 altengerechte Wohnungen entstehen mit Gemeinschaftsbereich und Tiefgarage. Der Bauantrag ist

gestellt. Die Nachfrage ist bereits jetzt groß. Diese Entwicklung eröffnete auch für die Gemeindeverwaltung neue Wege. Folgerichtig entwickelte die Wirtschaftsförderung gleich drei weitere Angebotskonzepte „Standorte für Altenwohnanlagen“, die sie im Herbst diesen

Jahres auf der großen Immobilienmesse „Expo-Real“ in München vorstellte. Nun geschieht endlich das, was die Jüchener SPD unter einer aktiven Wirtschaftsförderung versteht. Viel Erfolg für die Angebote und damit für Jüchen!



Nach dem Abriss der ehemaligen Gaststätte „Zur Post“ entstehen dort 17 altengerechte Wohnungen.

Sport in Zeiten der Cholera...

Fortsetzung von Seite 1 Die Antwort von **Heinz Kiefer:** (Auszug)

..... Seit Jahren steht der Sport zurück. Die Vereine haben bereits auf einen Teil der Zuschussung durch die Gemeinde verzichtet, erbringen erhebliche Eigenleistungen und übernehmen verstärkt Verantwortung durch Übernahme von Sportstätten in Eigenregie. Die Vereine sind inzwischen am Rande ihrer Leistungsfähigkeit.

Der GSV hat stets mit Augenmaß und unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinde seine Ziele verfolgt.

Der GSV hat mit seinem Entwurf zum Sportsstätten-Entwicklungsplan (SSEP) gezeigt, dass visionäres Denken und die Suche nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten erforderlich ist. Insbesondere im Sporteinzugsbereich 3 sind ältere - aus Sicht des GSV sanierungsbedürftige - Sportstätten vorhanden.

Jetzt sind Politik und Verwaltung gefragt. Wir halten den Bau einer Halle - auch in der jetzigen Finanzsituation - für möglich und zwingend erforderlich. Unser Denkmodell, das Umwelt-, Sozial- und Energieaspekte enthält, haben wir Ihnen vorgestellt.

Ein Konzept für das Hallenbad Jüchen dürfte leicht zu erstellen sein. Wichtig ist, die Attraktivität des Hallenbades zu steigern. Die Stadtwerke Neuss zeigen mit ihrem Konzept einer Saunalandschaft in Neuss, wie solch ein Konzept aussehen könnte. Wie stehen unsere Energieversorger zu einer Beteiligung? Ein Denkmodell des GSV beinhaltet die Berücksichtigung der Bedürfnisse unserer Senioren.

Bei vielen unterschiedlichen Auffassungen im Detail: Die SPD Jüchen ist sich einig mit dem GSV darin, dass für die Entwicklung des Sports neue kreative Wege beschritten werden müssen. Es geht um moderne Konzepte der Gestaltung, Investition und Beteiligung. Andere Kommunen machen es uns erfolgreich vor.

Politisches Kinderspiel: Los! Wer sagt hier los? Nichts geht los. Wenn ich sag: los, dann geht es los. Looos!!

Kein Kommentar zum Steuerbetrug

Die Steuerausfälle durch Umsatzsteuerbetrug der Unternehmen beliefen sich in 2005 in Deutschland auf knapp 17 Mrd. Euro (siebzehn Milliarden!). Für die EU geht man von 60 bis 100 Mrd. Euro aus. Das meldete der Städte- und Gemeindebund NRW im Juli. Die europaweite Abstimmung von gesetzlichen Maßnahmen gegen diese Art von Wirtschaftskriminalität ist ungemein schwierig für die Bundesregierung. Auch die Kommunen müssen daran aber ein Interesse haben, da es ihren Anteil am Umsatzsteueraufkommen ebenfalls betrifft.

Die Milderung von Härten beim Arbeitslosengeld I für ältere Arbeitnehmer, die auf dem Hamburger Parteitag der SPD durch Beschluss gefordert und in der Großen Koalition beschlossen wurde, soll etwa 2 Mrd. Euro kosten. Das beklagten die Funktionäre der Arbeitgeberverbände, Thumann und Hundt. Sie fürchteten den Verlust von Arbeitsplätzen (!) und empfahlen der Großen Koalition dringend, davon Abstand zu nehmen. Haben Sie von diesen Herren schon einmal Empfehlungen zum Thema Umsatzsteuerbetrug gehört?

Demonstrativer Protest der Eltern und Kinder erfolgreich

Das Schulangebot der Gemeinde Jüchen ist sehr gut und sucht seines Gleichen in der Nachbarschaft Jüchens. Viele Fortschritte wurden in den letzten Jahren gemacht: Die Einrichtung von Ganztagsgrundschulen, die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulorganisation, das Konzept „Schule 13plus“ in Realschule und Gymnasium einschließlich eines Mittagessenangebotes. Natürlich gibt es nichts, was man nicht noch im Alltäglichen und im Grundsätzlichen verbessern könnte.

- Schulbusituation Realschule/ Gymnasium
- Hoher Stundenausfall in der Realschule
- unzureichende Finanzausstattung

Die SPD Jüchen setzt sich im Gemeinderat dafür ein und unterstützt Lehrer und Elternpflegschaften darin, die erkannten Missstände zu beseitigen. Joachim Drossert,



Joachim Drossert

stellvertretender Bürgermeister und Vorsitzender im Ausschuss für Schule und Jugend, ist neben der Verwaltung dafür ein direkter Ansprechpartner (Tel.: 02165-2410).

Politische Initiativen können hier realistisch nur appellieren und den Forderungen Nachdruck verleihen, damit die verantwortlichen Stellen/Behörden die festgestellten Mängel beseitigen. Dabei ist es nicht nachzuvollziehen, dass manchmal erst „schwere Geschütze“ aufgeföhren werden müssen, damit etwas passiert. Aber wenn das der Weg ist, das Gewünschte zu erreichen, haben Schule, Kinder und Eltern die volle Unterstützung der SPD.

Ein bewundernswertes Beispiel war der Einsatz von Kindern und Eltern im Falle des Lehrernotstands an der Realschule. Verwaltungsbemühungen und auch der briefliche Appell der Elternpflegschaft, über viele Kanäle an Ministeriale und Abgeordnete weiter gereicht, halfen kaum. Erst der demonstrative Protest, den Eltern und Kinder vor den Landtag brachten, schaffte Abhilfe. Ein Lehrstück in aktiver Bürgerkommune - Gratulation!